



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Dortmunder Medien

08.06.06

**Kosten der Unterkunft:
Weiterhin keine Umzugswelle in Dortmund -
Deutliche Abweichungen im nicht begründeten Einzelfall nicht hinnehmbar**

Eine pauschale Aufforderung an ALG-II-Empfänger ihre Wohnungen zu wechseln, wird es in Dortmund auch zukünftig nicht geben. Darauf haben sich die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nochmals verständigt. Das schließt nicht aus, dass es in Einzelfällen bei eklatanten Abweichungen der Unterkunftskosten schon jetzt zu Umzugsaufforderungen kommen kann, wenn keine Gründe für die zu hohen Kosten angeführt werden.

Ernst Prüsse, Fraktionsvorsitzender der SPD und Birgit Unger, Fraktionssprecherin der GRÜNEN: „Es bleibt bei dem, was wir im März mit der Verwaltung besprochen haben! Wir werden politisch festlegen, welche sozialen Kriterien auch bei höheren Kosten für einen Verbleib in der bisherigen Wohnung sprechen können. Bis dahin erhalten ALG-II-Empfänger, die solche Gründe in den Gesprächen mit der ARGE deutlich machen, auch weiterhin keine Aufforderung zur Senkung der Kosten. Das hat die Verwaltung in einem Gespräch am Mittwoch bestätigt. Das setzt allerdings voraus, dass von den Betroffenen auch nachvollziehbare Gründe genannt werden. Davon waren wir im März ausgegangen. Das ist aber anscheinend in mehreren Fällen nicht erfolgt.“

In genau diesen Fällen hat die ARGE in der Zwischenzeit erste Personen zur Senkung der Unterkunftskosten auffordern müssen. 146 Aufforderungen bis Ende Mai entsprechen dabei einem Anteil von 0,33 Prozent aller ALG-II-Bedarfsgemeinschaften.

„Auch diese Zahl zeigt: Es wird keine Umzugswelle in Dortmund geben. Die ARGE kann allerdings in der Zwischenzeit aus rechtlichen Gründen die Augen nicht verschließen, wenn die Kosten ohne plausible Begründung immens zu hoch sind und muss diesen Fällen nachgehen. Sozialpolitik in unserer Stadt muss gerecht zugehen“, schätzen **Ernst Prüsse und Birgit Unger** die aktuelle Situation ein und betonen, dass dem jeweiligen Einzelfall nachgegangen werden soll, ohne dem Missbrauch in dieser Stadt das Wort zu reden.



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Die vorgesehene Verwaltungsvorlage mit einer Auswertung der von der ARGE geführten Gespräche mit denjenigen Bedarfsgemeinschaften, deren Unterkunfts-kosten zwischen 50 und 100 Prozent zu hoch sind, sollte ursprünglich in der heutigen Ratssitzung verabschiedet werden. Dieser Zeitplan konnte aus verschiedenen Gründen nicht eingehalten werden.

Prüsse und Unger: „Die noch laufende Auswertung sowie das Fortentwicklungsgesetz zur Arbeitsmarktreform bedingen, dass der angekündigte Kriterienkatalog zur Angemessenheit von Unterkunfts-kosten erst nach der Sommerpause im August vorliegen wird. Es macht Sinn, die neue Gesetzesablage ab 01.08. mit aufzunehmen. Unsere Fraktionen sind mit dem kleinen zeitlichen Aufschub einverstanden.“

SPD und GRÜNEN ist bewusst, dass es auch nach Verabschiedung eines Kriterienkatalogs aufgrund der Gesetzeslage zu Umzugsaufrorderungen kommen wird. Dass dies auch der Mieterverein in seiner Stellungnahme vom 7. Juni so sieht, zeigt, wie wenig konkrete Spielräume auch der Mieterverein für kommunalpolitisches Handeln an diesem Punkt sieht.

SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weisen im übrigen die Kritik des Mietervereins Dortmund zurück, er sei nicht zeitnah über den geänderten Zeitplan informiert worden. Die beiden Fraktionen sind im ständigen Kontakt mit dem Mieterverein, das letzte Gespräch hatte erst am gestrigen Tag stattgefunden.

Ernst Prüsse und Birgit Unger abschließend:

„Der Rat wird im August über die Kriterien zur Angemessenheit von Unterkunfts-kosten entscheiden. Bis dahin werden alle Fälle mit deutlich zu hohen Unterkunfts-kosten im Einzelfall überprüft und dort, wo es soziale Gründe gibt, zurückgestellt. Das ist ein geordnetes und gerechtes Verfahren.“